WP-5-202 Kapitel 5: Berlin begleitet ein Leben lang

Antragsteller*in: Marianne Burkert-Eulitz (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu WP-5

Von Zeile 201 bis 211:
neuer Förderschulen schaffen wir inklusive Schwerpunktschulen, um die steigenden Bedarfe, insbesondere von neurodiversen Schüler*innen, zu decken. ~~Gleichzeitig gibt es Kinder, für die eine Beschulung in den Räumlichkeiten einer Schule vor Ort unmöglich ist; ihre Zahl ist aufgrund vieler Long-COVID-Erkrankungen in den letzten Jahren deutlich gestiegen, betrifft aber beispielsweise auch Kinder mit speziellen Autismusformen. Die schwarz-rote Koalition überlässt diese Kinder und ihre Familien sich selbst, sie erfüllt ihre Verpflichtung nicht, ihnen eine Beschulung zu ermöglichen. Das Ziel muss immer sein, auch diesen Kindern eine Beschulung in der Regelschule zu bieten; notwendige Umbauten oder personelle Unterstützung müssen entsprechend finanziert werden. Dort, wo dies in Einzelfällen trotz aller Bemühungen nicht möglich ist, wollen wir eine Online-Beschulung ermöglichen. Denn klar ist: Jedes Kind hat das Recht auf Bildung!~~Mehr als 3.000 Kinder und Jugendliche mit Behinderung oder Erkrankungen werden in der Stadt kaum oder gar nicht beschult. Die schwarz-rote Koalition überlässt diese Kinder und ihre Familien sich selbst, sie erfüllt ihre Verpflichtung nicht, ihnen eine Beschulung zu ermöglichen. Jedes Kind hat ein Recht auf bestmögliche Bildung. Schnellstmöglich braucht es einer inklusiven Fachkräftefort- und Ausbildungsoffensive, rechtskreisübergreifender Bildungs- und Hilfeplanung, notwendiger Rechtsänderungen, damit etwa auch eine Onlinebeschulung möglich ist, wenn in Einzelfall ein Kind die Schule vor Ort nicht besuchen kann. Die Fachkräfte müssen fair bezahlt werden. Der Bildungsbereich, die Jugendhilfe, der Gesundheitsbereich und andere Rehaträger müssen eng zusammenarbeiten, damit jedem Kind und jedem Jugendlichen ein gutes Angebot gemacht werden kann und Familien und Bezugspersonen entlastet werden. Dazu gehört ein entsprechendes Betreuungsangebot in den Ferien und bei Bedarf die Übernahme der Transportkosten. Senat, Bezirke und Träger müssen eng und vernetzt unter Einbeziehung der Betroffenen zusammenarbeiten, die UN BRK und Kinderrechtskonvention müssen endlich in Berlin umgesetzt werden.

Begründung

Der Änderungsantrag beschreibt die notwendigen Schritte genauer.

Unterstützer*innen

Jens Weinandt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ulrike Trappenberg (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jutta Schmidt-Stanojevic (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Maik Brunkow (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Melanie Kramer (KV Berlin-Lichtenberg); Chantal Münster (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Mika Nyke Lou Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln); Falco Strasser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Charlotte Steinmetz (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)